



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	02.07.2020	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Notmaßnahmen zur Unterbringung von Wohnungslosen im Rahmen der Corona-Pandemie

Anlagen:

Konzept Notunterbringung_Wohnungslose

Sachverhalt (kurz):

Mit Inkrafttreten allgemeiner Ausgangsbeschränkungen in Bayern aus Gründen des Infektionsschutzes wurde die Möglichkeit zum Aufenthalt im öffentlichen Raum für Wohnungslose eingeschränkt. Zeitgleich mussten in den bestehenden Notschlafstellen für Wohnungslose aufgrund der erforderlichen Hygienekonzepte die Aufnahmekapazitäten deutlich reduziert werden.

Aus diesen Gründen hat das Sozialamt Notmaßnahmen zur Unterbringung von Wohnungslosen ergriffen und schlägt vor, einen Teil der Notmaßnahmen über den Winter hinaus bis zum April 2021 aufrecht zu erhalten.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	1.250.000 €	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input checked="" type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	1.250.000 €	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen für wohnungslose Frauen und Männer sichern die Versorgung und Unterbringung der betreffenden Personengruppe.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Stk

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, den Betrieb der derzeitigen Notunterkunft in der Dianastraße vorübergehend bis zum 30.04.2021 zu verlängern.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Eckpunkte ein Konzept für eine weitere Notschlafstelle als dauerhaftes Regelangebot zu erarbeiten und dem Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.